

W i l d b a d e r T a g b l a t t

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. Bezugspreis monatlich 1,40 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im Inlande monatlich 1,76 RM, Einzelnummer 10 Pf. — Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtspostkasse Remsbürg Zweigstelle Wildbad. — Bankkonto: Enztalbank Hübner & Co., Wildbad; Böhmerischer Gewerbebank Filiale Wildbad. — Postfach 2014 Sigmaringen. Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum im Bezirk Grundpreis 15 Pf., außerhalb 20 Pf. — Reklamergelbe 50 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Offerten und bei Anzeigenverteilung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluß der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontraktfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachlässigkeitsmaßnahme weg. — Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Sch., Bühlstr. 86, Telefon 479. — Wohnung: Hans Vollmer.

Nummer 276

Februar 479

Mittwoch den 25. November 1931

Februar 479

66. Jahrgang.

Mißerfolg des Wirtschaftsbeirats Kostbare Zeit verloren

Am 29. Oktober begann der Wirtschaftsbeirat seine Arbeiten mit einer feierlichen Eröffnungssitzung im Haus des Reichspräsidenten. Am 23. November beschloß er sie, wiederum unter dem Vorsitz Hindenburgs, allerdings nicht im Präsidentenpalais, sondern in den nüchternen Räumen der Reichskanzlei. Wir wissen nicht, ob darin Absicht liegt. Es spricht aber manches dafür, daß der Reichspräsident Wert darauf gelegt hat, dadurch, daß er die Schlusssitzung nicht wieder in sein eigenes Heim überließ, zwischen sich und den Wirtschaftsbeirat einen gewissen Abstand zu legen.

Wenn dem so ist, dann hat Hindenburg recht daran getan. Es ist bitter, und für den Vaterlandsfreund schwer, immer wieder herbe Kritik an den Maßnahmen der Reichsregierung üben zu müssen. Aber auch diesmal, nachdem nun in den „Veisfähen“ das Ergebnis einer fast vierwöchigen Zeitspanne vorliegt, kommt man um einige negative Feststellungen nicht herum: eine wirkliche Vereinigung der wirtschaftlichen und sozialen Atmosphäre haben weder die Vollberatungen noch die Ausschussarbeiten des Wirtschaftsbeirats gebracht. Die Spannungen zwischen den verschiedenen Wirtschafts- und Interessentengruppen sind ungebrochen geblieben. Das konnte durch nichts klarer erwiesen werden als durch den Auszug der drei landwirtschaftlichen Vertreter, den man schon deshalb nicht als „Oppositionsmandat“ ansprechen kann, weil einer der drei, Dr. Holtmeier, dem Kanzler parteimäßig verbunden ist. Auch eine Sondererklärung, die die gewerkschaftlichen Mitglieder des Wirtschaftsbeirats am Sonntag in der letzten Arbeitssitzung abgaben und am Montag in der Schlusssitzung wiederholten, läßt erkennen, daß die eigentliche Aufgabe der neuen Körperschaft, nämlich Verständnis für die nächsten Wirtschaftskrisen der Gegenwart und der nächsten Zukunft zu schaffen, ungebrochen geblieben ist. Man kann wohl sagen, daß die Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen sich mit dem Kerngedanken der „Veisfähe“ in wesentlichen Punkten nicht identifizieren. Das fand seinen sinnfälligen Ausdruck darin, daß sich der Angestelltenvertreter, Grafmann, überhaupt geweigert hat, an der Schlusssitzung teilzunehmen.

Unternimmt man es, die Ereignisse der Verhandlungen des Wirtschaftsbeirats einmal unter einen Generalbegriff zu bringen, so kommt man zu dem peinlichen Eindruck, als ob hier der Versuch gemacht worden sei, den wirtschaftlichen und sozialen Schrumpfsprozess auszubauen, statt ihn zu beseitigen. Auch das könnte schließlich einen gewissen außenpolitischen Sinn haben, wenn man nämlich die daraus entstehende Notausfuhr als wirkliche Waffe im Kampf um die Tribute benötigt. Das Schwerkere aber, das man sich so schmiedet, ist zweischneidig. Das bisherige Ergebnis der deutschen Notausfuhr in den letzten Monaten beweist das bereits. Trotz der großen Ausfuhrüberschüsse, die die deutsche Handelsbilanz aufweist, ist das Devisenpolster der Reichsbank immer dünner geworden. Mit anderen Worten: wir haben mit dieser Zwangsausfuhr einen beträchtlichen Teil unserer kurzfristigen Auslandsschulden abgedeckt. In dem gleichen Umfang ist selbstverständlich auch der Druck dieser privaten Auslandsschulden, den die Welt durch wirtschaftliche Zerrüttung und durch Zerstörung des internationalen Zahlungsvorteils nicht weniger als Deutschland selbst zu spüren bekommen hat, vermindert worden. Das treibende Moment für die Endregelung der Tributfrage, das in der Existenz der hohen privaten Auslandsschulden liegt, wird damit selbstverständlich entwertet, ohne daß die Reichsbank in der Atempause des Stillhalteabkommens die Währungsreserven hätte ansammeln können, deren wir zum Schutz der Mark und für die bevorstehenden internationalen Verhandlungen zur Wahrung unserer Handlungsfreiheit so dringend bedürfen. Geht die Entwicklung in der bisherigen Richtung weiter, dann laufen wir Gefahr, auf der kommenden Regierungskonferenz ähnlich da zu stehen wie Hilferding seinerzeit in Haag, als er wegen des schlechten Stands der Reichsfinanzen glaubte, den Youngplan sozusagen bedingungslos schließen zu müssen.

„Ein armes Land muß billig sein!“ Die Richtigkeit dieses Satzes, den Dr. Brüning schon Wochen vor Beginn der Arbeiten des Wirtschaftsbeirats sprach, ist nicht zu bestreiten. Nur muß das Land freilich auch im Innern billig sein. Und wir hegen die lebhafteste Befürchtung, daß die Umsetzung der Ergebnisse dieser wochenlangen Arbeit in die Praxis, die binnen kürzester Frist erfolgen soll, das Gegenteil bewirken wird: wir werden im Innern ein Land der Teuerung werden, um nach außen für die Fortsetzung unserer Notausfuhr billig sein zu können. Denn wer die Schlussfolgerungen, die die Reichsregierung aus den Arbeiten des Wirtschaftsbeirats zieht, einmal genauer unter die Lupe nimmt, wird finden, daß sich aus ihnen nur eins mit Sicherheit ergibt: die Löhne und Gehälter werden weiter gesenkt werden, ohne daß die wesentlichen Kosten der allgemeinen Lebenshaltung in neuem Wertem Umfang vermindert werden können. Denn eine Senkung des Preisniveaus bei den großen Produktionsartikeln von Kohle und Eisen, die nachmalige Verminderung der Preise für Markenartikel — sie spielen für die Lebenshaltung der breiten Bevölkerungsschichten kaum eine Rolle.

Tagespiegel

Der Deutsche Beamtenbund hat in einem Telegramm an den Reichskanzler gegen etwaige weitere Gehaltskürzungen Einspruch erhoben.

Der bisherige Vorsitzende der wirtschaftspolitischen Fraktion im preußischen Landtag, Abg. Ladendorff, hat seine Parteiämter bis zur Klärung des gegen ihn im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz eingeleiteten Verfahrens niedergelegt. Der Geschäftsausschuss des Landtags wird sich am Mittwoch mit dem Antrag der Staatsanwaltschaft auf Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Ladendorff beschäftigen.

Der sächsische Landtag hat in der Stichwahl den Abg. Wedel (Soz.) mit 36 gegen 31 Stimmen, die auf den Abg. Hentschel (Wirtsch.-P.) fielen, zum Landtagspräsidenten wiedergewählt. Zum Vizepräsidenten wurde Abg. Brechtneider (Staatsp.) mit 37 Stimmen gewählt.

Der Hamburger Senat hat gegen die Leiterin der weiblichen Kriminalpolizei, Fräulein Erkens, ein Dienststrafverfahren eingeleitet auf Grund von Beischuldigungen, die gegen die Erkens im Zusammenhang mit dem Selbstmord zweier Hamburger Polizeibeamtinnen aus Süddeutschland laut geworden sind.

Die Londoner „Times“ und die „Financial Times“ verlangen erneut, daß die Regelung der privaten Auslandsschulden Deutschlands den Vorrang vor den Reparationen haben müsse. Die Reparationen könne Deutschland nur durch verstärkte Ausfuhr bezahlen; diese Ausfuhr aber sei wiederum nur durch die privaten Kredite ermöglicht worden.

Die spanische Regierung hat von dem beabsichtigten Abbau der Beamtenzahl um 50 v. H. infolge des scharfen Einspruchs vorläufig Abstand genommen.

Die Löhne in der Schwarzwälder Uhrenindustrie wurden in Verhandlungen in Donaueschingen um (Stunden und Akkord) 6 v. H. ermäßigt, Ecklohn für gelernte Arbeiter in Gruppe D in Ortsklasse I (Mindeststundenlohn) 74 Pfennig.

Der Bankvorsteher der Commerz- und Privatbank in Berlin-Moabit, Brüggemann, ist mit über 250 000 Mark gestrichelt.

Und die gleichfalls verheißene Anpassung der Mietkoste an die verminderte Kaufkraft läßt sich erst dann durchführen, wenn die Hauszinssteuer für den Staatsausgleich bei Ländern und Gemeinden entbehrlich wird. Solange aber die Reformpläne auf dem Papier bleiben, ist auch hieran nicht zu denken.

Diese und andere Gesichtspunkte sind dem Reichskanzler schon vor der Einberufung des Wirtschaftsbeirats entgegengehalten worden. Er wusch, daß die Arbeiten einer so arden, interessentmäßig wie möglich so verschiedenartigen Körperschaft die Bedenken und Zweifel der Öffentlichkeit gegen solche Experimente nur bestätigen würden, wie es heute, nach der mühsamen Fertigstellung des Schlussberichts, tatsächlich der Fall ist.

Ob es richtig war, den Wunsch des Reichspräsidenten, sich in unmittelbarer Zusammenarbeit mit den führenden Vertretern der einzelnen Wirtschaftszweige und den Arbeitnehmergruppen um gegenfeitiges Verständnis zu bemühen, mit der Einberufung dieses Wirtschaftsbeirats zu beantworten, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls ist der Kanzler vom Wirtschaftsbeirat schlecht und ungenügend beraten worden. Denn alles das, was an wesentlichen Gedanken in den „Veisfähen“ enthalten ist, war auch schon vorher in Rede und Gegenrede öffentliches Gemeingut. So hat man kostbare Wochen verlor, die bei dem rasenden Tempo der Krisenentwicklung nie wieder eingebracht werden können.

Neue Nachrichten

Der Beginn der Kabinettsberatungen

Berlin, 24. Nov. Das Reichskabinett hat heute vormittag 11 Uhr die Beratung der Ergebnisse der Verhandlungen des Wirtschaftsbeirats begonnen, die nunmehr in praktische Maßnahmen umgewandelt werden sollen. Auch in den nächsten Tagen wird das Kabinett längere Sitzungen abhalten, um in etwa 10 Tagen bis zum Beginn der internationalen Verhandlungen seine Beratungen beenden zu haben.

Änderung des Diätengesetzes?

Berlin, 24. Nov. Der Vorkonferenzrat des Reichstags ist zu einer Sitzung auf Donnerstag, 26. November, einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht zunächst eine Neuberechnung der Ausschüsse und ferner eine Anregung zur Änderung des Diätengesetzes. Dabei handelt es sich um Anregungen, teils von Abgeordneten, teils von privater Seite, mit Rücksicht auf den seitens des Reichstags die Tagesgelder allgemein herabzusetzen.

Drei wichtige Vorlagen im schlesischen Sejm

Kattowitz, 24. Nov. Der schlesische Sejm hat heute drei wichtige Gesetzesanträge des Regierungsbüros beraten. 1. Der Wojwode (Regierungspräsident) soll bei der Regierung in Warschau Schritte unternehmen, daß gesetzlich eine Ueberwachung von Wirtschaft und Schwerindustrie durch Regierung und Berufsverbände eingeführt und für die Dauer der Wirtschaftskrise ein Kommissar mit außerordentlichen Vollmachten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ernannt werde. 2. Dienstverträge mit übermäßig hohen Gehältern in der Industrie sollen mit sofortiger Wirkung gesetzlich aufgelöst werden können. 3. Die in der oboerschlischen Industrie beschäftigten Ausländer (Reichsdeutsche) sollen durch Verfügung der Regierung in Warschau entlassen und durch polnische Staatsangehörige ersetzt werden.

Einberufung des Sonderausschusses

Basel, 23. Nov. Der beratende Sonderausschuss der V.V., dessen Einberufung von der deutschen Regierung am letzten Donnerstag beantragt wurde, wird voraussichtlich am 7. Dezember in Basel zusammentreten. Er wird sich wie folgt zusammensetzen: Amerika: Dr. Walter Stewart, Präsident der Chase Bomeroy-Co. in New York; Frankreich: Prof. Rist; England: Layton, Redakteur des Economist-London; Belgien: Emile Francais; Italien: Prof. Beneduce; Japan: Tanaka, Vertreter der Bank von Japan in London; Deutschland: Dr. Meischner (Hamburg), Mitinhaber des Bankhauses M. M. Warburg u. Co. Seitens Englands und Amerikas soll ein starker Druck ausgeübt werden, um die Einberufung der internationalen Konferenz auf Anfang Januar sicherzustellen.

Beschränkte Selbstverwaltung für Indien

London, 24. Nov. Der Misserfolg der Runderisch-Konferenz wird seinen Ausdruck in einer Gesetzesvorlage finden, die die Regierung Anfang nächster Woche dem Parlament vorlegen wird. Danach sollen die indischen Provinzen ein gewisses Maß von Selbstverwaltung erhalten; jedoch erhält Indien keine verantwortliche zentrale Selbstregierung, sondern es wird nur die frühere Verpflichtung einer solchen in der Einleitung der Vorlage wiederholt. Die Zentralregierung wird also nach dem Wunsch der Konservativen in den Händen des Vikar Königs und des englischen Staatssekretärs für Indien bleiben.

Wieder Sechstageswoche in Rußland

Moskau, 24. Nov. Der Volkskommissarenrat der Sowjetunion hat ein Dekret erlassen: Obwohl die ununterbrochene fünfjährige Produktionswoche als Hauptform der Organisation der Arbeit in der Sowjetunion gelte, werde gewissen Betrieben zur Befreiung von Mängeln, die bei der Durchführung der ununterbrochenen Woche entstanden seien, „erlaubt“, vom 1. Dezember an zeitweilig wieder zur unterbrochenen Sechstageswoche überzugehen. Für diese Betriebe wird als gemeinsamer Ruhetag der 6., 12., 18., 24. und 30. jeden Monats festgesetzt. Gleichzeitig wird der Arbeitstag in diesen Betrieben von 6,5 Stunden auf 6 Stunden verkürzt.

Grandi in Neuyork

Newyork, 24. Nov. Der italienische Außenminister Grandi besuchte am Montag Pierpont Morgan in seinem Heim in Lamont. Abends hielt Grandi auf einem Festessen der Gesellschaft für auswärtige Beziehungen eine Rede über die italienische Außenpolitik. Grandi ging davon aus, daß das Werk des europäischen Wiederaufbaus durch schwere Fehler beeinträchtigt worden sei. Ernst politische und wirtschaftliche Störungen hätten durch die höhere, geistigere und großzügigere Politik vermieden werden können. Die vier Hauptfragen, die die Welt zu lösen habe, seien die Frage der Kriegsschulden, der Sicherheit, der Abrüstung und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Italien halte an dem Grundsatz fest, daß die Tributfrage nicht von der Frage der Verbands-Schulden zu trennen sei. Italien werde stets eine möglichst großzügige Lösung der Kriegsschuldenfrage bevorzugen und sei bereit, angemessene Opfer zu bringen, falls solche verlangt würden. Ein fester und dauerhafter Friede sei nur auf der Grundlage nationaler Sicherheit möglich, aber diese Sicherheit hänge von der friedlichen Beilegung der internationalen Streitigkeiten und von der Abrüstung ab. Es gebe keine Sicherheitsfrage, die sich von der Frage der Abrüstung unterscheidet. Erst die übermäßigen Rüstungen hätten die Sicherheitsfrage geschaffen und gleichzeitig den Gerechtigkeitsanspruch unter den Völkern abgestumpft. Italien sei bereit, seine Rüstungen zu vermindern und seinen Haushaltsaufwand auf das niedrigste Maß herabzusetzen, wenn ein gerechter Ausgleich in der militärischen Stärke der einzelnen Na-

tionen geschaffen werde. Ohne Gerechtigkeit gebe es keinen Frieden und Gerechtigkeit sei nicht der Ausdruck eines bloßen Vertragssystems, sondern sie sei gleichbedeutend mit dem Geist der Zusammenarbeit.

Keine Unruhen im britischen Heer

London, 24. Nov. Die von holländischen Blättern gebrachte Meldung über angebliche Unruhen im britischen Heer wird emlich als phantastisch und völlig unbegründet bezeichnet.

Chilenisch-argentinische Abrüstungskonferenz?

Paris, 24. Nov. Havas meldet aus Buenos Aires, Argentinien habe eine Einladung Chiles, eine Zweimächtekonferenz abzuhalten, auf der eine Verständigung über die Abrüstung vor der allgemeinen Abrüstungskonferenz erzielt werden soll, günstig aufgenommen.

Der Boykott japanischer Waren

Nanking, 24. Nov. Der Boykott japanischer Waren, der mit dem Einsetzen des Streiks in der Wandschui neu aufgestimmt war, hat durch die Einnahme von Tschitar einen bedrohlichen Umfang angenommen. Von der japanfeindlichen Stimmung der Bevölkerung in der chinesischen Hauptstadt geben besonders Plakate ein Bild, deren Text von Tag zu Tag stärkere Anklagen gegen Japan erhebt. Die Behörden versuchen ihr möglichstes, um die Bevölkerung im Zaum zu halten. Man hält es aber nicht für ausgeschlossen, daß die japanfeindlichen Gefühle zu Unruhen führen können.

Kampf gegen die kommunistische Bewegung in China?

London, 24. Nov. Nach einer Timesmeldung befaßt sich der Kongreß der Kuomintang in Nanking gegenwärtig mit der kommunistischen Bewegung in den Provinzen Kiangsi, Hupeh, Hunan, Honan, Fuhien und Kianghui. Die Behördenortreter dieser Provinzen sollen erklärt haben, daß in den letzten Jahren von den Kommunisten zwei Millionen Menschen ermordet und Sachwerte in Höhe von zwei Milliarden mexikanische Dollars zerstört worden seien. Als Gegenmaßnahmen sollen militärische Unternehmungen in allen sechs Provinzen unter einem Oberbefehlshaber geplant sein. Die Kosten müßten von der Zentralregierung getragen werden.

Neue Richtlinien für die landwirtschaftliche Siedlung

Berlin, 24. Nov. Im Heft Nr. 33 des Reichsarbeitsblatts vom 25. November 1931 werden neue Richtlinien für die landwirtschaftliche Siedlung veröffentlicht. Die neuen Bestimmungen erstreben eine Vereinfachung und Beschleunigung der Siedlung und suchen damit Kleinwirtschaften zu erstellen, in denen heute das größte Siedlungsbedürfnis besteht. Das sind die minderbemittelten Schichten der ländlichen Bevölkerung, insbesondere die Landarbeiter und Handwerker. Anbau- und Gruppen-siedlung stehen im Mittelpunkt der neuen Richtlinien. Dem Siedlungsbewerber wird nicht nur eine vollkommen ausgebaute Bauernstelle übergeben. Die Stelle wird vielmehr in einen Zustand bereitgestellt, wie sie der dringendste Wirtschaftsbedarf für die ersten Jahre erfordert. Deshalb müssen die Siedler mit besonderer Sorgfalt ausgewählt werden, damit eine Gewähr dafür gegeben ist, daß die Stellen ordnungsmäßig bewirtschaftet werden.

Die Not der Landwirtschaft

Wichtige Erklärungen der württ. Regierung

Stuttgart, 24. November.

Im Finanzausschuß des Landtags wurde heute zu den Anträgen des Zentrums und des Bauernbunds Stellung genommen, die sich mit wichtigen landwirtschaftlichen und gewerblichen Fragen befassen. Es wurden die traurigen Verhältnisse in vielen Landgemeinden dargelegt. Kleingeführte Bauernbetriebe seien gefährdet. Größere Bauernhöfe dürften nicht im Konkursverfahren verschleudert werden. Die Viehpreise gehen immer mehr zurück; für Färrer werden noch 18 bis 19 Pfennig für das Pfund Lebendgewicht bezahlt. Die Obstpreise betragen das 5-10fache von dem, was der Erzeuger bekomme. Die Fleischpreise seien viel zu hoch gegenüber den Preisen für Schlachtvieh. Wenigverschuldete Betriebe kommen jetzt unter den Hammer, weil nirgends Geld aufgenommen werden könne. Der Bauer bekomme für die schönste Kuh keinen Anzug, für eine Kuhhaut kein Paar Schuhe mehr.

Wirtschaftsminister Dr. Maier erklärte, daß die Anträge der Richtung der württ. Regierungspolitik entsprechen. Was die Zinsfrage anlangt, so sollte man in erster Linie das behandeln, was wir selbst tun können. Verhandlungen mit den Kreditinstituten sind in die Wege geleitet und lassen gewisse Erleichterungen erhoffen. Die Handelspanne hat sich gegenüber den Friedensverhältnissen stark erweitert. Es sind viel mehr Händler vorhanden als früher. Das Rindfleisch ist um 40 Prozent billiger als im Jahr 1927, um 26,3 Prozent billiger als im Jahr 1913, das Vieh aber um 40 Prozent billiger. Die Preise für Wurstwaren sind wohl noch zu hoch. Auch bei den Milchpreisen ist die Handelspanne viel zu hoch, aber nicht wegen des Milchhofs sondern wegen der Milchhändlerorganisation. Die Deflation bringt viele Kreise in Schwierigkeiten. Die Gehalts- und Lohnempfänger, die durch Neubauten, Lebensversicherungen usw. laufende Verpflichtungen zu erfüllen haben, können diesen zum Teil kaum mehr nachkommen. Die Maßnahmen des Ostbischöfengesetzes eignen sich nicht für uns. Notwendig ist dagegen die Schaffung eines Vollstreckungsschutzes für lebensfähige Betriebe. Das Geldhamstern wird zu einer schweren Gefahr für die gesamte Wirtschaft. Der Absatzförderung wird besondere Aufmerksamkeit zugewendet. Württemberg hat hierzu Reichsbüffnisse erhalten. Die Einfuhr von Vieh und Fleisch beträgt nur noch 1,8 Prozent des Gesamtverbrauchs. Auf dem Gebiet der Holzwirtschaft muß die Reichsregierung Schritte unternehmen. Bei den bisherigen Verhandlungen ist nichts herausgekommen. Ohne Kontingentierung des Holzschlags und der Holzeinfuhr würden die Holzpreise weiter sinken. Die Einfuhr von Holz ist gegenüber dem Vorjahr um 40-60 Prozent zurückgegangen. Nur die Kontingentierung kann helfen. Auch im Frieden sind 40 Prozent des Holzverbrauchs eingeführt worden. Bezüglich der Milchwirtschaft ist in den letzten zwei Jahren viel geschehen. Der Pasteurisierungszwang ist vollkommen durchgeführt. Beim Rationalisierungsplan wird die Wertmisch schlechter bezahlt als die Frischmilch. Die Wertmisch müßte besser bezahlt werden. Notwendig ist eine Erhöhung des Butterzolls.

Justizminister Dr. Begerle erörterte die Rechtslage. Fährnis- und Ruhvieh, Heu und Saatgetreide können nicht zwangsversteigert werden, sofern nicht gleichzeitig eine Versteigerung des Grundstücks vor sich geht. Den Gerichtsvollziehern werden entsprechende Anweisungen zugehen. Die Möglichkeiten der Verkleinerung von Vieh usw. zu begegnen, sollten mehr beachtet werden. Schwieriger liegen die Verhältnisse bei Grundstücksversteigerungen. Wenn die Anfen bezahlt werden, so ist beabsichtigt, die Kapitalrückziehungen zu unterbinden. Auch für den Kleinbauernbesitz muß eine Art Kreditschiedsamt geschaffen werden, um Zwangsversteigerungen zu verhindern, sofern es sich um erhaltungswerte Betriebe handelt. In der Osthilfe ist eine Entschuldungsaktion vorgesehen; hierüber muß auch in Württemberg noch verhandelt werden. Auch bei uns ist eine Aufgangorganisation notwendig. Die württ. Regierung wird in Berlin bestimmte Vorschläge machen.

Nach umfangreicher Aussprache wurden die Anträge des Zentrums und des Bauernbunds teils mit großer Mehrheit, teils einstimmig angenommen.

Dehlinger über die Lage

Bad Mergentheim, 24. Nov. In einer von der Deutschnationalen Volkspartei eingeladenen Versammlung unter Vorsitz von Schulrat Huber sprach am Samstag Finanzminister Dr. Dehlinger. In der deutschen Not habe sich, so führte der Redner aus, Württembergs Land und Volk bisher als eine der besten Ordnungszellen im Deutschen Reich erwiesen. Die Arbeitslosigkeit ist in Württemberg immer noch am geringsten, und Württemberg würde mit einem Arbeitslosenverhältnis von 3,5 v. H. auskommen. Es hat auch die niedrigste Zahl der Wohlfahrtsverwerbslosen. Das ist darauf zurückzuführen, daß in der Staatsregierung eine von marxistischem Diktat wenig beeinflusste Finanzpolitik in den letzten 7 Jahren getrieben und der Grundhaft eingehalten wurde: Keine Ausgabe ohne Deckung. Es wurde keine Tagespolitik getrieben und damit den Massen geschmeichelt, auch wurden die Gemeinden zum Sparen gezwungen.

So konnte ein Betriebs- und Vorratskapital geschaffen, die Staats-Steuern von 8 auf 5 v. H. herabgesetzt und schließlich eine langfristige Schweizer-Anleihe aufgenommen und Land und Leute vorwärts gebracht werden. Für den Haushalt 1931-32 war noch ein Ausgleich erreicht worden, aber dann gab es Einnahmeausfälle, die die Regierung nicht verhindern konnte, so daß im Staatshaushalt ein Abmangel von 45 Millionen entstand, der durch die Maßnahmen im September auf 10 Millionen herabgedrückt werden konnte.

Der Minister kam dann auf die Frage eines eventuellen weiteren Beamten-Gehaltsabbaus zu sprechen und erklärte, er habe in Ebingen gesagt, daß das Reich, namentlich mit Rücksicht auf die Ausfälle bei der Reichsbahn und bei der Reichspost, nicht darum herum kommen werde, vom 1. Dezember, spätestens vom 1. Januar ab, eine allgemeine Gehaltskürzung von 10 Prozent einzutreten zu lassen, auf die in Württemberg die bereits eingetretene fünfprozentige Kürzung angerechnet werden wird. Ich kann selbstverständlich nicht in den Kopf des Reichsfinanzministers hineinschauen und hätte mich, Reichspolitik in Württemberg zu treiben. Aber nach meinen Erfahrungen ist es so, daß man um diese Sache nicht herumkommt. Es werden deshalb diejenigen württ. Beamten im Lauf der nächsten Zeit anderen Sinnes werden, die noch vor 6 Wochen etwa gesagt haben: Lieber Reichsbeamter mit höherer Besoldung als Landesbeamter mit hochgehängtem Brotkorb. Gegenwärtig fehlen im Etat noch 10 Millionen. Sie müssen heringebracht werden.

Württemberg ist durch die Entwicklung der deutschen Not mit in die Katastrophe hineingerissen worden, weil es durch die Weimarer Verfassung noch viel mehr mit den Gelehen des Reichs und der Bürokratie des Reichs verflochten ist. Dabei drohen Württemberg besondere Gefahren, denn die Reichsregierung nimmt auf unsere besonderen Verhältnisse keine Rücksicht. Durch die Reichsarbeitslosenversicherung fließen jeden Monat aus Württemberg Millionen hinaus in andere Länder. Genau so ist es bei der Reichsangeestelltenversicherung. Für unsere gute württ. Post haben wir bis jetzt 7 Millionen Mark Abschlagszahlung bekommen. Das Reich gewinnt aus ihr 7 Millionen Mark jährlich. Was man aus Württemberg zu viel herausholt, wird in keiner Weise angerechnet. Man nimmt keine Rücksicht auf den besonderen Schaden, den wir durch Holzeinfuhr und Hagelwetter erleiden. So stehen wir vor der Gefahr, daß auch wir ausgegogen werden. Das, was wir schaffen und ersparen, verbrauchen die andern. Darüber herrscht allmählich eine furchtbare Erbitterung in unserem Land. Es wird gefordert, die Selbständigkeit und die Eigenpersönlichkeit unseres württ. Staats zu erhalten. Darin liegt unsere Kraft und unsere Stärke, dies aber dient auch dem Reich. Der Minister betonte zum Schluß, daß man bloß mit wirtschaftlichen und finanziellen Mitteln die deutsche Not nicht beseitigen könne. Man müsse das Rad herumdrehen, das jetzige System umstellen: Los von der Erfüllungspolitik und vom Sozialismus, dabei Rückkehr zur Nationalwirtschaft mit dem Ziel, die landwirtschaftliche Rente wieder herzustellen und die Kaufkraft der Landwirtschaft zu heben. Mit der Landwirtschaft steht und fällt ein Volk.

Württemberg

Stuttgart, 24. November.

Kleine Anfragen. Vom Abgeordneten Dr. W. i. d. e. r. (N.B.) sind folgende kleine Anfragen von weiterem Interesse an das Staatsministerium gerichtet worden:

Nachdem die von der Reichsregierung den Ländern empfohlene Vorrückungssperre im Reich selbst nicht eingeführt und in den meisten deutschen Ländern wieder rückgängig gemacht wurde, frage ich das württ. Staatsministerium, ob es nicht alsbald auch in Württemberg die Vorrückungssperre aufzuheben beabsichtigt.

Die unteren Beamten sind durch die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse und die wiederholten Gehaltsabzüge vielfach außerstande, ihre Verpflichtungen aus den sogenannten Arbeitgeberdarlehen rechtzeitig zu erfüllen. Ist das Staatsministerium bereit, ihnen in der Entrichtung der Zins- und Tilgungsraten durch Verlängerung der Zahlungsfrist oder auf andere Weise entgegenzukommen?

Durch die Einbehaltung des fälligen Wohnungsgelds von Beamten, die Inhaber von Dienstwohnungen sind, sind namentlich die unteren Beamten in geringwertigen Dienstwohnungen in außerordentliche Bedrängnis geraten. Ist das Staatsministerium bereit, offensichtliche Härten zu beseitigen?

Um die Herabsetzung der Landtagsdiäten. Der Landtag wird sich voraussichtlich am nächsten Donnerstag auch mit der Frage der Herabsetzung der Landtagsdiäten beschäftigen. Wenn dem Vorschlag des Landtagspräsidenten zugestimmt wird, so würden sich, wie der „N.S.-Kurier“ berichtet, die Landtagsdiäten für die in Stuttgart und im Umkreis von 20 Kilometer entfernt wohnenden Abgeordneten auf 240 RM. im Monat ermäßigen, für die im Land draußen wohnenden Abgeordneten auf 300 RM. monatlich. Zur Zeit erhalten die in Stuttgart wohnenden Abgeordneten 288 RM., die anderen 360 RM. Vor der erstmaligen Senkung der Landtagsdiäten bezogen die Stuttgarter Abgeordneten 360 RM., die übrigen 450 RM. im Monat.

Die Spord'schen Jäger

Roman von Richard Stowronnek.

40. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

Heinrich Kremzow hob jäh den Kopf, die gleitende Schnur in seiner Hand verwickelte sich.

„Du, Fischerskamerad, was snackte doher? De Mite häit was mit'n Leutnant?“

„Woll, woll,“ erwiderte der Alte eifrig, „schon fast zwei Jahre. Und sie kann einem leid tun, denn sie bild't sich natürlich ein, das müßt' ne Heirat geben.“

Der andere vorn im Kahn richtete sich auf:

„Eh dank schön! Eh bin de Hinnert Kremzow ut Wittensee, un wann es friegen sull, möt allens klar sien. Un rinlichet Gesherr!“

„Eh,“ meinte Traugott Claassen gedankenvoll, „in eine lütte Stadt mit viel Soldaten is das so 'ne Sache. Zuerst laufen die Deerns immer den bunten Kragen nach, wir von's Jivol kommen erst an die Reih', wenn's ans Heiraten geht! Hier aber hat am meisten die Mutter schuld. Die Mite kenn' ich, wie sie noch mit die lütten Potten nach meine rote Nase griff, weil sie meint', das wär' was zum Spielen. Und da möcht' ich befürworten, sie wär' viel zu stolz, als daß sie sich in Unehren mit diesem Leutnant von Naugaard abgegeben häit!“

„So, so,“ sagte der lange Heinrich von Wittensee, „v. Naugaard heißt dieser Leutnant. Den Namen muß man sich von jetzt an wohl merken!“ Und er blickte mit haßerfüllten Augen nach dem Städtchen hinüber, das in unsicheren Umrissen im Mondlichte dalag. Wie ein riesenhaftes Ungeheuer stand die massige Marienkirche darüber mit ihrem kurzen

Turm, vor dem die niedrigen Häuschen sich duckten. Jemand da drüben sah der, der ihm vorweg gestolzen hatte, was vielleicht das Röstlichste seines Lebens hätte werden können. Sah da im Kreise der lustigen Kameraden und lachte über die dumme Fischersbiern', die sich einbildete, sie könnte einen Leutnant heiraten! Da wuchs ihm der Haß in der Brust, schnürte ihm fast den Atem ab.

Danach schwiegen sie beide, warfen mit aller Gewissenhaftigkeit die Walschnur aus. Nur als das letzte Ende ins Wasser fiel, mit dem großen Schwimmer aus zusammengebundenen Korkstücken, hob der alte Claassen das vom Wind und Sonne braungegerbte Gesicht.

„Du Kamrad, was ich dir eben erzählt hab', war natürlich nur für dich. Kein Mensch in der Stadt weiß davon, die Retelsdorfm is immer hellischen vorsichtig gewesen. Und bei uns gilt das so: Upt Water blöwt, wat upt Water spraken. An Land is allens wedder vergüten!“

Heinrich Kremzow griff nach dem vorderen Ruder, in sein offenes Gesicht trat ein stolzer Ausdruck.

„Kein' Angst, Traugott Claassen, ich kenn' Fischergewand. Und vierzehn Tage muß ich's ja wohl hier noch aushalten, bis ich wieder weiterzieh!“

Als Mite Retelsdorf wieder ins Haus kam mit ihrem schweren Herzen, fand sie die Eltern in heftigem Streit. Die Mutter stelte aufgeregt in der Stube herum wie eine dicke Kropftaube, der Vater aber schlug mit der harten Faust auf den Tisch und schrie so laut, als es ihm sein kurzer Atem erlaubte, was sie an diesem neuen Bewerber um die Hand der Tochter wohl aussetzen hätte! Aus gutem Hause wäre er, im Handwerk wohl erfahren und ein weitgereister, kluger Mann, dessen man sich vor der Verwandtschaft nicht zu schämen brauchte. Das törichte Gebraue mit diesem Herrn

von Naugaard aber müßte endlich aufhören, könnte zu nichts andern führen, als die Mite unnützlich in böses Gerede zu bringen. Die Mutter erwiderte zornig, er sollte sich um das Schicksal der Tochter nicht kümmern, das wäre ihre Sache! Nicht umsonst hätte sie das Kind in der höheren Bildung erzogen, das teure Schulgeld bezahlt, sondern weil sie einmal ein anderes Leben führen sollte, als eine gewöhnliche Fischersfrau! Und wozu hätte man all das viele Geld erspart? Vielleicht um es im Kasten schimmeln zu lassen, oder um all dem Bolle in der Runde zu zeigen, daß die geliebte einzige Tochter es nicht nötig hätte, auf der gleichen Stufe zu bleiben. „Wer sich unter die Treber mischt,“ so schloß sie, „den fressen die Schweine. Wer sich aber stolz abseits hält, kann seinen Kopf hoch tragen!“

„Da,“ schrie der alte Retelsdorf höhnisch zurück, „wie der Steinpilz, als ihm der Fischentloz auf den Hut fiel!“

Da trat die Mite dazwischen, hob die braune, kleine Hand.

„Water, laß nach, und schad' dir nicht in deiner Gesundheit! Zwischen mir und dem Herrn Leutnant von Naugaard ist es aus!“

„Was?“ sagte die Mutter und griff sich nach dem dicken Hals. „Ich hab' wohl nicht recht gehört? Und ich will nicht hoffen, daß du dich gegenüber dem Herrn Leutnant vielleicht unpassend benommen häst?“

Mite zuckte mit den Achseln und sah ins Leere.

„Wenn's unpassend ist, sich selbst in Gefahr zu begeben, um den andern zu retten, dann wohl!“

„Ein bißchen deutlicher, mein Kind! Häst du ihm den Abschied gegeben oder er dir?“

Fortsetzung folgt.

Zum Kampf gegen Schund und Schmutz. Mit der Frage, wie das Gesetz zum Schutz der Jugend gegen Schund und Schmutz zur Zeit gehandhabt wird und ob eine Verbesserung erwünscht und möglich sei, befasste sich kürzlich unter dem Vorsitz von Präsident Dr. Licheler der Landesausschuss zur Bekämpfung sittenlicher Not. Der Vorsitzende der Stuttgarter Vorprüfstelle, Kirchenrat D. Wüsterich, teilte mit, daß in den fünf Jahren seit dem Bestehen des Gesetzes 133 Schriften auf die Schundliste gesetzt wurden und in keinem einzigen Fall gegen diese Entscheidung ein öffentlicher Protest erfolgt sei. Nach einer Ansprache wurde eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: Der Landesausschuss geht davon aus, daß der Schundliteratur nicht nur durch Maßnahmen zur Förderung des guten Schrifttums, die er nachdrücklich unterstützt, sondern auch durch unmittelbare Bekämpfung auf dem Weg des Gesetzes entgegengetreten werden muß. Der Landesausschuss fordert die Bestätigung des Verfahrens gegenüber Schundschriften und eine größere Stetigkeit in der Befolgung der Prüfstellen.

Vaugeldzuteilung. In Anwesenheit zahlreicher Bauparer fand Ende letzten Monats im großen Sitzungssaal des Rathauses die 14. Vaugeldzuteilung bei der öffentlichen Vausparkasse der Stadt, Sparkasse Stuttgart statt. Ordentlich zugeteilt wurden an 39 Vausparer 309 000 RM.; zur Schlusszuteilung kamen an 88 Vausparer 868 000 RM. Insgesamt wurden somit zugeteilt: an 127 Vausparer 1 237 000 Reichsmark. Damit sind bis heute insgesamt an 568 Vausparer 6,77 Mill. RM. zugeteilt worden. Die nächste Zuteilung findet im Januar n. J. statt.

Verurteilte Nationalsozialisten. Das Schöffengericht Stuttgart hat zwölf Nationalsozialisten, die wegen Mitfahrendamarsch durch Volking angeklagt waren, seinerzeit freigesprochen. Die Strafkammer Stuttgart hat nunmehr in der Berufungsinstanz sämtliche 12 Angeklagte zu je 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Aus dem Lande

Rohr a. d. F., 24. Nov. Drei Rehe zu Tode geht. Am Sonntag lief im Staatswald einem Einwohner, der mit seinem Hund im Wald spazieren ging, ein Rudel Rehe über den Weg. Dem Mann war es nicht möglich, seinen an der Leine zerrenden Hund festzuhalten. Vier Rehe stürzten in die Richtung auf das Freibad im Schwelbach und prallten dort gegen den Einfassungsdraht. Zwei Tiere hatten schwerste Kopfverletzungen und mußten vor dem Verenden von Mitgliedern des Badvereins getötet werden; ein drittes, ebenfalls am Kopf schwer verletztes Reh stürzte in den Wald und wurde nachmittags vom hiesigen Förster und einem zugezogenen Kollegen mit Händen gefischt.

Böblingen, 24. Nov. Eine Hundertjährige befohlen. Die hiesige Stadtverwaltung beschäftigte vier Erwerbslose mit der Verbringung der für die Volksschule von Erzeugern gespendeten Kartoffeln in einen Keller im Haus unserer ältesten Bürgerin, der Witwe Kiffel. Jene vier Leute wußten, so berichtet die „Schwäbische Tagwacht“, bei dieser Arbeit nichts Besseres zu tun, als den Keller der genannten Frau zu erbuchen und sich an dem dort untergebrachten Wein — Spenden für Frau Kiffel anlässlich ihres 100. Geburtstags — zu betrinken.

Kornwessheim, 24. Nov. Nach der Bürgermeisterwahl. Dem wiedergewählten Bürgermeister Dr. Steimle sind nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses mächtige Beifallskundgebungen zuteil geworden. In einer Dankagung spricht der Wiedergewählte seinen besonderen Dank den Frauen Kornwessheims aus, auch dem Reichshauptpersonal mit ihren Familien sowie den Erwerbslosen. Der Kampf, auch wenn er mit sehr ungleichen und unschönen Waffen geführt wurde, müsse nun zu Ende sein. Unabhängig nach allen Seiten, mehr wie je über allen Parteien stehend, wolle er in Zukunft mit fester Hand seine Pflicht erfüllen, um das in ihn gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen und sich immer mehr das Vertrauen zu erwerben. Durch offene und ehrliche Zusammenarbeit müsse man diese schwere Zeit überleben.

Ludwigsburg, 24. Nov. Mathilde Pland 70 Jahre alt. Die frühere demokratische Landtagsabgeordnete Mathilde Pland begeht am Sonntag, 29. November, ihren 70. Geburtstag. Sie ist in Ulm geboren als Tochter des schwäbischen Philosophen Karl Christian Pland. Lange Zeit war Mathilde Pland als Lehrerin tätig und stand 10 Jahre lang an der Spitze des Allgemeinen württ. Lehrerinnenvereins. Ebenso war sie viele Jahre Vorsitzende des Verbands württ. Frauenvereine. Viele Jahre gehörte sie nach dem Krieg dem württ. Landtag als Mitglied der demokratischen Fraktion an. Ihren Lebensabend verbringt Mathilde Pland in dem von ihr gegründeten Altersheim in Ludwigsburg, das ihr zu Ehren den Namen „Mathilde-Pland-Haus“ trägt.

Wessernach, 24. Nov. Dehringen, 24. Nov. Todesfall. Der frühere Landtagsabgeordnete für den Bezirk Dehringen, Schultheiß a. D. Johann Karle ist am Sonntag im Alter von 78 Jahren gestorben. Schultheiß Karle war langjähriges Mitglied des Bauernbunds und vertrat lange Jahre das Oberamt Dehringen im württ. Landtag. In den landwirtschaftlichen und bündlerischen Kreisen war er eine sehr beliebte Persönlichkeit.

Göppingen, 24. Nov. Motorradfahrt auf Fuhrwerk auf. Samstagabend fuhr ein aus Utingen kommender Motorradfahrer in scharfem Tempo auf das auf dem Heimweg befindliche Fuhrwerk des Landwirts Th. Oberle aus Reichenbach auf. Der Aufprall war so stark, daß der Wagen mitten auseinanderbrach. Die auf dem Fuhrwerk sitzende Ehefrau Oberle wurde herabgeworfen und mußte mit erheblichen inneren Verletzungen in ärztliche Behandlung gebracht werden. Der Lenker des Motorrads kam mit leichten Fuß- und Gesichtsverletzungen davon, sein Soziusfahrer, Banmeister Wilhelm Kielkopf aus Utingen, erlitt einen Schädelbruch. Von einem Personenkraftwagen wurde er in bewußtlosem Zustand ins Bezirkskrankenhaus Göppingen verbracht. Das Motorrad wurde stark beschädigt.

Todesfall. Gestern früh verschied nach langem, sehr schwerem Leiden der Gründer und Mitinhaber der Buchdruckerei und Geschäftsbücherfabrik, später „Rung u. Co.“ AG. für Papierverarbeitung und Buchdruck, Johann Rung in seinem 65. Lebensjahr.

Ehrenstein, 24. Nov. Festgenommene Diebe. Als Täter bzw. Mittäter des Einbruchs in die Metzgerei Huber wurden gestern vier Personen von den Landjägerbeamten festgenommen und ins Amtsgerichtsgefängnis Ulm eingeliefert. Ein Teil der erbeuteten 1000 RM. konnte wieder beigebracht werden, der Rest wurde in leichtflüchtige Frauengesellschaft veräußert.

Heilbronn, 24. Nov. Eine Fahne gestohlen. In der Nacht vom Samstag auf Sonntag wurde eine an einer hohen Stange aufgezogene Fahne in den Reichsfarben an einem Gebäude der Deutschen Reichspost in der Stephanstraße gestohlen.

Tübingen, 24. Nov. Ueber 3000 Studenten. Nach dem bisherigen Ueberblick ist anzunehmen, daß der Besuch der Universität in diesem Semester stärker ist als im letzten Wintersemester 1930—31, wo man 3068 Studenten zählte. Die Besuchsziffer vom letzten Sommersemester (4002) dürfte jedoch bei weitem nicht erreicht werden. In Anbetracht des verminderten Zugangs in den Wintersemestern findet nur eine Immatrikulation statt, die für nächste Woche vorgesehen ist.

Herrenberg, 24. Nov. Die Volksschule in Fabrikräumen. Seit Monaten ist die Volksmöbelfabrik Trifolfabrik stillgelegt. Wie verlautet, hat sich die Fabrikleitung bereit erklärt, Teile ihrer Räume im Bedarfsfalle zur Behebung der Raumnot der hiesigen Volksschule zur Verfügung zu stellen, da in absehbarer Zeit die Inbetriebnahme des Werks nicht zu erwarten ist.

Herbertingen, 24. Nov. Ehrebürger. Der Gemeinderat hat dem in den Ruhestand getretenen Pfarrer Waldraff, der 20 Jahre lang hier wirkte, in dankbarer Anerkennung seiner verdienstvollen Tätigkeit um das Wohl der Bürgerchaft das Ehrenbürgerrecht verliehen. Der Kirchenstiftungsrat überbrachte ihm ebenfalls seine Anerkennung und beehrte ihn mit einem Geschenk.

Rötenbach, 24. Nov. Brand. Am Samstag brach im Scheuerraum des Bohn- und Dekonomiegebäudes des Söldners Klemens Lieb Feuer aus, das das ganze Anwesen in Trümmer legte. Außer dem Vieh konnte nur wenig gerettet werden. Der Brand dürfte durch ein zündendes Kind entstanden sein. Der Abgebrannte ist nur mäßig versichert.

Hettingen in Hohenz., 24. Nov. Diamantene Hochzeit. Am Sonntag konnten die Eheleute Johann Rudolf und Philomena, geb. Hummel, das Fest der diamantenen Hochzeit begehen. Der Jubilar, von Beruf Sattlermeister, steht im 93. Lebensjahr, seine Lebensgefährtin im 87. Von neun Kindern leben noch drei Söhne.

Aus Bayern, 24. Nov. Die Passionspielerin als Hausangestellte. Ein Berichterstatter der „Daily Mail“ hat in einem kleinen Dorf in Sussex (England) Fräulein Anna Ruz entdeckt, die bei den letzten Oberammergauer Passionsspielen die Maria darstellte. Die bekannte Passionspielerin ist jetzt in England bei einer Frau Hones, einer Rentnerin in Sinsford, als Hausangestellte eingetretten. Anna Ruz erklärte, daß sie nichts anderes wünsche, als für ihre alte Mutter und ihre noch schulpflichtigen Geschwister Geld zu verdienen. Die Dienstherrin erklärte, daß ihre Hausbesessene ein Muster an Fleiß und Bescheidenheit sei.

lokales.

Widdbad, den 25. November 1931.

Sitzung des Gemeinderats am 24. November 1931.

Anwesend: Vorsitzender und 12 Mitglieder.

1. Turbineneinbau im Elektrizitätswerk 2. Gemäß Beschluß des Gemeinderats wurden weitere Angebote für den Turbineneinbau eingeholt, sodas von drei Firmen Angebote dem Gemeinderat vorgelegt werden konnten. Die Angebote sehen drei Ausführungen vor: 1. Turbine mit stehender Welle und Regelradgetriebe, (letzteres aus hochwertigem Material (Präzisionsstahl); 2. Turbine mit liegender Welle; 3. Turbine mit stehender Welle und aufgebautem Generator. Die dritte Ausführung kommt auf etwa 17 bis 18 000 Mark zu stehen und kann infolge der Geldverhältnisse nicht in Frage kommen. Der Gemeinderat hatte also nur über die zwei ersten Vorschläge zu beraten. Eine Kommission, bestehend aus dem Stadtbaumeister und den Stadträten Großmann und Kloß haben auf einer Fahrt, die sie bis nach Augsburg führte, verschiedene Anlagen besichtigt, so in Fürstfeldbruck usw. Nach diesen Ausführungen des Vorsitzenden gab der Stadtbaumeister weitere technische Erklärungen und Stadtrat Großmann Ausführungen über die Eindrücke bei den Besichtigungen. Bedauert wurde, daß Stadtrat Kloß, der auch bei der Kommission war, nicht anwesend ist, um seine Eindrücke wiedergeben, er wurde durch Stadtrat Frischke entschuldigt wegen Teilnahme an einer wichtigen Sitzung auswärts. Stadtrat Kloß hat aber Stadtrat Frischke ermächtigt, dem Gemeinderat die Anschaffung einer Turbine mit liegender Welle zu empfehlen. An der Aussprache beteiligten sich fast sämtliche Mitglieder des Gemeinderats, betont wurde von allen Seiten, daß man den größten Wert auf die Geräuschlosigkeit der Turbine legen müsse. Nach dieser regen Aussprache kamen die Vertreter der beiden Firmen zu Wort; als erster der der Maschinenfabrik Geislingen. Der Kostenpunkt einer Turbine mit stehender Welle beträgt bei dieser Firma 9 200 Mark, mit liegender Welle 6 500 Mark; die Firma ist bereit, für die Hälfte des Preises Langholz zu 50% der Tage für 1931 in Zahlung zu nehmen; die andere Hälfte ist in zwei Raten zahlbar und zwar am 1. Juli und 1. Oktober 1932 mit je 2 300 Mark bzw. 1 625 Mark. Als zweiter wurde der Vertreter der Firma Boith, Heidenheim, gehört; Preis der Turbine mit stehender Welle 9 500 Mark, mit liegender Welle 6 800 Mark. Auch diese Firma ist bereit, Langholz in Zahlung zu nehmen; aber nur für 2 500 Mark bei ersterem Betrag und für 3 000 Mark bei letzterem, Restzahlung ebenfalls in zwei Raten mit 3 500 Mark bzw. 1 900 Mark am 1. Juli und 1. Oktober 1932. Während der Vertreter der ersten Firma eine Turbine mit liegender Welle mit gutem Gewissen dem Gemeinderat empfehlen konnte, stand der Vertreter der Firma Boith auf dem Standpunkt, eine Turbine mit stehender Welle empfehlen zu müssen und zwar, wie auch der Stadtbaumeister schon vorher ausgeführt hatte, aus wasserbautechnischen Gründen. Die Ersparnisse, die bei einer Turbine mit liegender Welle erzielt werden, würden durch die größeren notwendigen Bauarbeiten wieder aufgezehrt. Bei einer Turbine mit stehender Welle und Regelradgetriebe wird heute von den Fachleuten auch für Geräuschlosigkeit garantiert. Nach einer nochmaligen Aussprache, an der auch der anwesende Obermaschinenmeister Holz teilnahm, wurde mit 9 gegen 3 Stimmen (Bott, Ruch, Waidelich) beschlossen, die Lieferung einer Turbine mit stehender Welle und Regelradgetriebe zum Preise von 9 500 Mark einschließlich Reparatur des Reglers, Fracht, Verpackung, Montage usw. der Firma Boith, Heidenheim, zu übertragen.

2. Vergebung der Dohlanlage und Gasleitung zu den Wohnhäusern hinter der Turnhalle. Auf das öffentliche Ausschreiben hin sind für die Grab- und Maurerarbeiten der Dohlanlage und Gasleitung vier Angebote eingegangen und zwar Wilhelm Maier 3092,50 Mark, Herrn, Bott

3 779 Mark, Wilhelm Schill 3 964 Mark und Karl Ebel 4 953 Mark; für das Legen der Gasleitung zwei Angebote: Karl Eitel 1026,10 Mark unter Bürgschaft vom Gas- und Wasserleitungs-Geschäft Stuttgart und Friz Bott 1 620 Mark unter Bürgschaft von Schlossermeister Schwerdtle. Stadtrat Frischke ersucht, daß die Ausschreiben künftig frühzeitig gehen, damit die Handwerker genügend Zeit für Anfertigung ihrer Angebote bekommen, was auch zugelegt, bei dieser Ausschreibung aber durch das Stattfinden der Gemeinderatssitzung verhindert wurde. Der Redner führt weiter das Schweißen der Gasröhren an, ob dieses nicht durch ortsanfällige Handwerker ausgeführt werden könne. Der Stadtbaumeister widerspricht, er weist auf die Unglücksfälle im Ruhrgebiet hin und erklärt, daß das Schweißen nur durch Fachleute ausgeführt werden kann. Stadtrat Bott und Waidelich sind gegen die Vergabung der Legung der Gasröhre an Karl Eitel, da der eigentliche Ausführer eine auswärtige Firma, das Gas- und Wasserleitungs-Geschäft Stuttgart, sei. Der Vorsitzende läßt über beide Vergabungen zusammen abstimmen; die Abstimmung ergibt den Zuschlag der Arbeiten an Wilhelm Maier und Karl Eitel. Gegen das Legen der Gasröhre durch das Gas- und Wasserleitungs-Geschäft Stuttgart stimmen Stadtrat Bott und Waidelich.

3. Sonstiges. Der Vorsitzende schlägt vor, der neu zu bauenden Straße zu den Häusern am Turnplatz aus Anlaß des 100. Todestages des Dichters Goethe, der im nächsten Jahre gefeiert wird, den Namen Goethestraße zu geben; der Gemeinderat stimmt dem zu. Der Vorsitzende bemerkt hiezu noch, daß die Straße nach der Erstellung der noch in Aussicht stehenden Bauten eine Bienenstraße mit schönem Ausblick zu werden verspricht. Der Vorschlag von Stadtrat Bott und Waidelich, der Straße den Namen Ebertstraße zu geben, fand keine Gegenrede. — Vom Bund der Kinderreichen ist eine Eingabe eingegangen, worin der Gemeinderat ersucht wird, Baupläze zur Erstellung von Häusern für kinderreiche Familien auf dem Geirischen Feld an der Paulinenstraße unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Durch unentgeltliche Abgabe der Baupläze ist die baldige Erstellung der Häuser gesichert. Da die Baupläze im Besitz der Gemeinnützigen Bauvereins sind, ist der Gemeinderat zur unentgeltlichen Abgabe nicht ohne weiteres im Stande; er ist bereit, je vier Ar zu 50 Pfg. für den Quadratmeter, also für 200 Mark abzugeben. — Es gelangt sodann eine längere Eingabe von Schreinermeister Robert Bollmer sen. zur Verlesung. Der Gemeinderat beschließt, die Wiederherstellung der oberen Umlandstraße und der Stümmmauer, die durch die Materialzuführung für die neubauten Häuser an der Turnhalle stark beschädigt ist, auf Kosten der Stadtgemeinde zu übernehmen. Der Aufwand der auf etwa 380 Mark berechnet wird, könne nicht dem Fuhrunternehmer und den Bauherren zugemutet werden. Die Arbeiten sollen durch Wolfahrtserwerbslose, aber erst nach der Fertigstellung der weiteren in Aussicht stehenden Bauten, ausgeführt werden. Die Verbreiterung der oberen Umlandstraße und der Anschluß an die Kanalisation wurde wegen Mangel an Geld vorläufig zurückgestellt. Stadtrat Dr. Brunow ist auf vier Wochen verreist, Stellvertreter ist Dr. Josenhans. Schluß der öffentlichen Sitzung 6 Uhr.

Vorsicht bei Bestellung von Bevollmächtigten für ausländische Erbschaften. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Beim Anfall ausländischer, insbesondere amerikanischer, Erbschaften wenden sich vielfach ausländische Firmen an die deutschen Erbberechtigten, um von ihnen zur Einziehung des Nachlasses bevollmächtigt zu werden. Nach den von den amtlichen Stellen gemachten Wahrnehmungen bedingen sich dabei solche Auslandsfirmen oft ungewöhnlich hohe Entschädigungen aus. So hat sich z. B. eine in Paris ansässige französische Firma und ihr Straßburger Vertreter mehrfach zur Vertretung gegen ein Entgelt in Höhe der Hälfte des Nachlasses angeboten. Solche Forderungen werden regelmäßig eine Uebervorteilung der deutschen Erben darstellen. Diese wahren ihre Interessen am besten dadurch, daß sie zur Bestellung eines Bevollmächtigten die Vermittlung der zuständigen deutschen Auslandsvertretung oder einer als unbedingt zuverlässig anerkannten inländischen Firma in Anspruch nehmen.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Wegener bei Hindenburg. Reichspräsident v. Hindenburg empfing am Montag vormittag Prof. Dr. Kurt Wegener, den stellvertretenden Leiter der deutschen Grönlandexpedition und Bruder des in Grönland verunglückten Führers dieser Expedition, Prof. Dr. Alfred Wegener.

Professor Bier 70 Jahre. Aus Anlaß des 70. Geburtstages des berühmten Chirurgen und Universitätslehrers Geheimrat Prof. Dr. August Bier fand am Dienstag im großen Festsaal des Langenbeck-Wirchow-Hauses in Berlin eine Feier statt, an der außer der Professoren- und Studentenschaft auch zahlreiche Vertreter der Reichs- und Staatsregierung, des Heers und der Marine teilnahmen. Der Vorsitzende des Reichsausschusses für Lebensübungen, Erz. v. Weizsäcker, überreichte Dr. Bier, der zugleich Rektor der Hochschule für Lebensübungen ist, unter dem begeisterten Beifall der Versammlung die Adlerplakette mit der Inschrift: „Professor August Bier, dem Kämpfer für Volksgesundheit und Volkstraft.“

Kirdengebet für Bergsteiger. In die bevorstehende Neuausgabe des Rituals der katholischen Kirche wird nach einer Mitteilung in den Acta Apostolicae Sedis zum erstenmal ein Gebet aufgenommen werden, das den Segen und den Schutz Gottes für die Ausrüstungsgegenstände des Bergsteigers und diesen selbst erlebe. Die Maßnahme gehe, wie der Observator Romano meldet, auf eine Anordnung des Papstes Pius XI. zurück, der, wie man weiß, selbst ein begeisterter Alpinist war. In Kreisen des Vatikans könne man die Vermutung hören, das Gebet sei von Pius XI. persönlich verfaßt worden.

Rückkehr der deutschen Himalaja-Expedition. Die vier Mitglieder der deutschen Himalaja-Expedition, Dr. Bauer (Nabburg), Hartmann, Dr. Wien und Fendt, sind am Dienstag, von Italien kommend, in München eingetroffen. Dr. Alwein (München) war bereits früher zurückgekehrt. Die Expedition hatte den 9. Versuch zur Bezwingung des Kanch-Gipfels im Himalaja unternommen. In einer Höhe von 7800 Metern wurde die Expedition durch eine unbezwingbare Eiswand am weiteren Vordringen gehindert. Zur Begrüßung der Bergsteiger hatte sich am Bahnhof eine große Zahl von Freunden eingefunden. Der Führer der Expedition, Dr. Bauer (Nabburg), erklärte, daß auch die letzte Eiswand des Kanch einmal überwunden werden könne, wenn man zu einer Zeit an sie gehe, wo sie stark verschnitten sei.

Der Schmuggel im Westen. Nach dem amtlichen Bericht sind im Jahr 1930 in den Landesfinanzämtern Köln, Düsseldorf und Münster rund 25 000 Personen in 12 635 Strafverfahren wegen Schmuggels zu insgesamt fast 13 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt worden. Weit aus dem stärksten wird der Schmuggel im Bezirk Köln getrieben (7643 Fälle mit 6,98 Mill. Mark Geldstrafe).

An der Grenze bei Nachen wurde dieser Tage von der Zollpolizei ein großer mit Kies beladener Lastkraftwagen als verdächtig angehalten. Bei der Durchsuchung wurden unter dem Kies 36 Zentner Weizen entdeckt, der aus Holland eingeschmuggelt werden sollte.

Untererschlagung. In der Verwaltung der jüdischen Religionsgemeinde in Dresden wurden Unterschlagungen in Höhe von über 150 000 Mark festgestellt. Zwei Angestellte wurden sofort entlassen.

Kaufgiffprojekte. Vor dem Strafgericht in Basel spielt sich zurzeit ein Prozeß gegen zwei Fabrikanten und 30 Händler und Vermittler von Kaufgiffen, Kokain und Heroin, ab. Die beiden „Fabriken“ befinden sich in Basel und Genf. Der „Ober“ ist ein Chemiker Dr. R. in Basel, der wie sein Kollege Dr. K. in Genf die Konzeption zum Handel mit Kaufgiffen besaß. Von Basel gehen die Sendungen durch Vermittlung eines Doktor juris in Freiburg in Baden nach Hamburg und Rotterdam, die die Stapelplätze für Kanada, Asien und Rußland sind. Amerika wird unmittelbar von Basel bedient. Weitere Ausfuhrniederlagen befinden sich in Marseille, Genua, Triest und Alexandrien. Welchen Umfang dieses dunkle Geschäft angenommen hat, ist daraus ersichtlich, daß vom Zentralpunkt aus allein über 600 Kilo Heroin zum Urpreis von etwa 300 000 Mk. verhandelt werden. Die Ware geht durch eine große Zahl von Groß- und Kleinschlepphändlern; Kaffeehäuser und Bars in der ganzen Welt sind die „Börsen“ für diesen niederträchtigen Handel, und bis das Kaufgiff in die Finger der „Verbraucher“ gelangt, haben sich die 300 000 Mark in mehrere Millionen verwandelt.

Schiffszusammenstoß. Beim Zusammenstoß eines Personendampfers und einer Dampffähre in Diandi (Sumatra) sind 24 Menschen ums Leben gekommen.

Handel und Verkehr

Nicht warten, sondern kaufen!

Die amtlichen Meldungen über einen „Kartens Preisabbau“ haben eine große Verwirrung im Publikum angerichtet. Man glaubt vielfach, mit den Einkäufen warten zu sollen, bis die in Aussicht gestellte und vom Wirtschaftsrat grundsätzlich gebilligte „Preissenkung“ durchgeführt sei. Die Erwartungen dürften aber wohl enttäuscht werden. Es ist mit Sicherheit damit zu rechnen, daß die Umsatzsteuer beträchtlich erhöht wird, denn die Finanzen des Reichs zwingen, wie der Reichszentralrat einmal erklärt hat, dazu, diese „letzte Reflektion“ anzugreifen. Was durch die bevorstehende Zwangslenkung der Preise durch die nächsten Notverordnungen etwa an Warenverbilligung erreicht wird, wird durch die Umsatzsteuererhöhung mehr als ausgeglichen werden, und den Vorteil der Preissenkung hat nicht der Verbraucher, sondern den schließt wieder der hungernde Staat ein. Wer sich also vor Enttäuschung bewahren will, der verschiebe die Deckung seines notwendigen Bedarfs nicht auf die Zeit der „Verbilligung“, sondern gehe jetzt daran, und zwar je eher desto besser.

4,84 Millionen Arbeitslose

Die Zahl der Arbeitslosen in der ersten Hälfte des Monats November ist um rund 220 000 auf rund 4 840 000 gestiegen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger ist um 63 000, die der Bezüher der Krisenunterstützung um 30 000 gewachsen.

Die schönsten Mäntel bei KRÜGER & WOLFF, Pforzheim

Berliner Pfundkurs, 24. Nov. 15,30 G., 15,34 B.
Berliner Dollarkurs, 24. Nov. 4,209 G., 4,217 B.
Privatdiskont 8 v. H. kurz und lang.
Würtl. Silberpreis, 24. Nov. Grundpreis 45,30 RM. d. Ag.
Londoner Goldpreis v. 23. Nov. 2,788 RM. für 1 Gramm fein.
Die Bank von Danzig hat den Diskontsatz von 6 auf 5 Proz. und den Lombardzinsfuß von 7 auf 6 Proz. herabgesetzt.

Der Termin für Zahlungsfristentwürfe für Aufwertungsanträge bleibt nach einer Mitteilung des Reichsjustizministeriums auf 30. November 1931.

Deutsch-schweizerische Schutzzölle freigegeben. In den Handelsvertragsverhandlungen, die gegenwärtig in Berlin zwischen Deutschland und der Schweiz geführt werden, hat die Schweiz ihre Schutzzölle vorläufig freigegeben, nachdem Deutschland der Schweiz gegenüber schon seit längerer Zeit auf die Bindung der deutschen Schutzzölle verzichtet hatte.

5,8 Millionen Verlust. Die Hoersch-Köln-Neuessen A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb schließt das letzte Geschäftsjahr mit einem Verlust von 5,8 Mill. RM. ab.

Stuttgart, 24. Nov. Industriearbeit. Wie vom Gewerkschaftsbund der Angestellten mitgeteilt wird, ist zwischen den Angestelltenorganisationen und der Vereinigung württ. Arbeitgeberverbände eine Vereinbarung zustande gekommen, wonach die Gehälter der Angestellten in der württ. Industrie um weitere 5 1/2 v. Hundert gekürzt werden. Unverändert bleiben die sozialen Zulagen und die Lehrlingslöhne. Dieses Abkommen gilt bis zum 28. Februar 1932 und ist erstmals zu diesem Zeitpunkt mit monatlicher Frist kündbar. Das Abkommen tritt ab 1. Nov. in Kraft.

Streik in der Lederindustrie. Die Lederarbeiter bei der Firma Enple, Stuttgart-Gaisburg, streiken vom Mittwoch ab im Streik. In Eßlingen streiken lt. „Südd. Arbeiter-Zeitung“ die gesamten Lederarbeiter im Streik.

Entlassungen beim Bahnbau. Die Arbeiten an der Strecke Ravensburg-Kulmdorf sind nun so weit fertiggestellt, daß die Zeitarbeiter entlassen werden müssen. Bereits am letzten Freitag wurden 130 Mann entlassen, die restlichen 100 Mann hören nächsten Freitag auf zu arbeiten. Es werden dann nur noch die ständigen Bahnarbeiter beschäftigt haben.

Berliner Getreidepreise, 24. Nov. Weizen m.ä. 22,50—22,90, Roggen 19,90—20,10, Braugerste 16,50—17,50, Futter- und Industrieergerste 16—16,40, Hafer 14,50—15, Weizenmehl 23,25—32,25, Roggenmehl 27,15—29,50, Weizenkleie 10,25—10,75, Roggenkleie 10,50—11 Mt. je Ztr.

Magdeburger Zuckerpreise, 24. Nov. Nov.-Dez. 31,50. Ruhig.
Bremen, 24. Nov. Baumwolle Middl. Univ. Stand. loco 7,20.

Märkte

Stuttgarter Schlachtwiechmarkt vom 24. Nov. Dem heutigen Markt in Stuttgarter Vieh- und Schlachthof wurden zugetrieben: 44 Ochsen, 28 Bullen, 347 Jungbullen, 505 Jungriinder, 306 Kü-

1627 Kälber, 2360 Schweine, 24 Schafe, 1 Ziege. Davon blieben unverkauft: 10 Jungbullen, 80 Rinder, 100 Schweine. Verkauf des Marktes: Großvieh und Kälber mäßig, Fettschweine begehrt, sonst langsam.

Kühe:	24. 11.	19. 11.	Kühe:	24. 11.	19. 11.
ausgemästet	30-33	—	Heifischig	12-16	—
vollfleischig	26-29	—	gering genährt	9-11	—
Heifischig	22-26	—			
Vullen:			Kälber:		
ausgemästet	23-24	22-24	feinle Woll- und beste Saughälber	34-37	35-38
vollfleischig	21-22	20-21	mittl. Woll- und gute Saughälber	31-33	32-34
Heifischig	18-20	19-20	geringe Kälber	26-29	27-30
Rinder:			Schweine:		
ausgemästet	32-36	32-36	über 300 Pf. b.	—	—
vollfleischig	26-30	26-30	240-300 Pf. b.	48-49	46-47
Heifischig	22-25	23-25	200-240 Pf. b.	45-47	44-46
gering genährt	—	—	160-200 Pf. b.	41-43	41-43
			120-180 Pf. b.	38-41	38-40
			unter 120 Pf. b.	35-41	35-40
Kühe:					
ausgemästet	23-26	—			
vollfleischig	18-21	—			
			Sauen:	32-42	—

Ulmer Schlachtwiechmarkt, 24. Nov. Zutrieb: 8 Ochsen, 30 Färren, 23 Kühe, 24 Rinder, 214 Kälber, 347 Schweine. Preise: Ochsen 1. 28-30, Färren 1. 18-20, 2. 16-17, Kühe 2. 16-20, 3. 12-15, Rinder 1. 28-30, 2. 24-26, Kälber 1. 32-34, 2. 28 bis 30, Schweine 1. 42-44, 2. 34-40 Mt. Marktverlauf: In allen Gattungen langsam, geräumt.

Pforzheimer Schlachtwiechmarkt, 24. Nov. Zutrieb: 4 Ochsen, 15 Kühe, 54 Rinder, 34 Färren, 43 Kälber, 395 Schweine. Preise: Ochsen 1. 33-34, 2. 28-31, Färren 1. 25, 2. und 3. 24-22, Kühe 1. 24, 2. und 3. 20-12, Rinder 1. 35-36, 2. 31-33, Kälber 2. 37-40, 3. 34-36, Schweine 2. und 3. 47-48, 4. 41-40 Mt. Marktverlauf: Großvieh schleppend, Kleinvieh mäßig befehrt.

Viehpreise, Abismünd. W. Kalen: Kalbinnen und Rinder 200-300, Jungriinder 70-170. — Bradenheim: Kühe 235-415, Kalbinnen 295-445, Rinder 130-200, Kleinvieh 48-123. — Mönshelm: W. Leonberg: Ochsen 400, Stiere 135-140, Kühe 140 bis 300, Kalben 240-370, Einstellvieh 60-280 Mt.

Schweinepreise, Kalen: Milchschweine 7-16, Käufer 26. — Amtsmünd: Saugschweine 8-11. — Herrenberg: Milchschweine 10-15, Käufer 22-24. — Kirchheim a. T.: Milchschweine 6-18, Käufer 25-60. — Mönshelm: Käufer 10-14, Milchschweine 6 bis 10. — Oberstenfeld: Milchschweine 6-13. — Ravensburg: Ferkel 6-15, Käufer 25-35. — Kiedlingen: Milchschweine 9-10, Mutterferkel 90-115. — Saugau: Ferkel 9-13. — Schwendi: W. Laupheim: Saugschweine 4-20. — Tullingen: Milchschweine 6-14 Mt.

Fruchtpreise, Kalen: Kernen 12,50-12,70, Weizen 11,50-12,80, Roggen 12,20-12,30, Hafer 7,50-7,60, Gerste 11,50-11,60. — Tullingen: Weizen 13,50-14, Gerste 9-9,50, Hafer 8-8,50 Mt.

Stuttgarter Marktplatz, 24. Nov. Zufuhr 200 Ztr. Preis 3-3,20 Mt. für 1 Ztr.

Änderung in den württ. Landesgrundpreisen. Mit Wirkung vom 1. November d. J. sind die Landesgrundpreise seitens der württ. Forstdirektion für einzelne Nadelholz-, u. a. für Laubstammholz und Nadelholzstangen herabgesetzt worden. Die Senkung der Grundpreise beträgt gegenüber 1931 beim Laubholz 10 bis 15 Prozent, bei den Nadelholzstangen etwa 15 Prozent. Die Grundpreise für Nadelholz und Papierholz sind unverändert geblieben.

Das Wetter

Der Einfluß des östlichen Hochs nimmt ab. Für Donnerstag und Freitag ist mehr bedecktes und unbeständigeres Wetter zu erwarten.

Evangelischer Gottesdienst

Donnerstag, den 26. November abends 8 Uhr im Gemeindefaal Bibelabend (1. Kor. 6-11). Freitag, den 27. November abends 8 Uhr in der Kirche Vorbereitung und Beichte.

2-4-Zimmerwohnung
von einer Person gesucht.
Offerten unter Nr. 276 an die Tagblatt-Geschäftsstelle.

3-Zimmerwohnung
mit Küche und Zubehör
zu vermieten.
Offerten sind unter Nr. 275 an die Tagblatt-Geschäftsstelle.

Beabsichtigen Sie für sich oder Ihre Kinder für die Weihnachtszeit ein

Musik-Instrument

Klavier, Violine, oder sonst eines anzuschaffen, erhalten Sie kostenfrei und unverbindliche Beratung bei der

Musik-Schule Wildbad

Charlottenstr. 40.

KAUFHAUS SCHOCKEN PFORZHEIM



Aluminium-Gas-Backform
starkes Material, geschliffen und poliert, mit Schauglas

5.50

112 Inseratenform geschützt

Fisch-Werbewoche

zu besonders billigen Preisen.

Frischer **Kabeljau**
in ganzen Fisch Pfd. **22** ♂

Kabeljau-Filet
ohne Bauchflappen Pfd. **42** ♂

Holländer **Bollheringe**
10 Stück **48** ♂

Rollmops und Bismarckheringe
in klarer 1 Pfd. **75** ♂
Sauce 1 Dose **85** ♂
in Milchsauc **85** ♂

Rollmops offen 3 ♂ **32** ♂

Bismarckheringe 3 ♂ **28** ♂

Geleeheringe 15 ♂

Bratheringe 3 ♂ **38** ♂

und **5% Rabatt**

Pfannkuch

Jetzt Westl. 44, I.

Billige Ausnahme-Tage

Herren- und Damen-Bekleidung
Bett- und Leibwäsche auf bequeme **Teilzahlung**



HELIOS Kein Laden!

Auch gebrauchte Schiedmayer-Flügel, Pianos und Harmonium

sollen unser Leitwort bestätigen „In weltberühmter Tonschönheit und Dauerhaftigkeit“. Bitte prüfen Sie die preiswerten Kaufgelegenheiten. — Größte Auswahl in allen Modellen bei zeitgemäßen Zahlungsbedingungen.

Miete / Tausch / Stimmung / Reparatur

Schiedmayer
Pianofabrik, Stuttgart

Eckhaus 12 Neckarstrasse 12
Tel. 268 41/42

Drüsgezeichnete Steuerberatung

und wirtschaftliche Rechtsbelehrung

bieten die **Wirtschaftlichen Kurzbrieft.**

41 000 KAUFLEUTE

bedienen sich der „W.-K.“ als eines unentbehrlichen Behelfs! Dreißig Fachmänner sind die ständigen Mitarbeiter der „Wirtschaftlichen Kurzbrieft“. Schnell und zuverlässig orientieren die „W.-K.“ über folgende Gebiete: Steuerwesen, Aufwertung, Arbeitsrecht, soziale Versicherungen, Geld, Bank und Börse, sowie aktuelle Wirtschaftspragen verschiedenster Art. Monatlicher Bezugspreis nur RM 2,65. Verlangen Sie erstmalig Probeabonnement!

RUDOLF LORENTZ VERLAG
Charlottenburg 9
Kaiserdamm 38

Gutschein!
An den Rudolf LORENTZ Verlag
Charlottenburg 9

Gegen Einsendung dieses Kupon erhalten Sie eine Zeitung des W.-K. gratis zugesandt!

Die beste Reklame ist und bleibt das Zeitungs-Inserat